

VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER
BUNDESSEKTION RICHTER UND STAATSANWÄLTE IN DER GÖD

6/SN-40/ME

Wien, 11. August 1987

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Zl.	40	GE/9 87
Datum:	13. AUG. 1987	
	17. AUG. 1987	

Dr. Renner

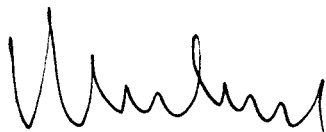
Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die weiteren
Kompetenzen des Landesgerichtes St. Pölten (LG
St. Pölten-Gesetz);
Stellungnahme

Zum o.a. Entwurf wird wie folgt Stellung genommen:

- 1) In § 86 a JN, hätte die Wendung "für das Land Nieder-
österreich die Stadt Wien" zu entfallen.
- 2) Im § 8 Abs. 2 OrgHG wäre eine dem Artikel I des Gesetzes-
entwurfes entsprechende Regelung vorzusehen.
- 3) Im § 115 Abs. 2 Kartellgesetz hätte der letzte Halbsatz
zu entfallen.

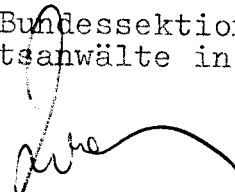
Jeweils wird auf eine sich aus den Kompetenzverschiebungen
ergebende ausreichende Planstellendotierung Bedacht zu nehmen
sein.

Für die Vereinigung der
österreichischen Richter:



(Dr. Ernst Markel, Präs.)

Für die Bundessektion Richter
und Staatsanwälte in der GÖD:



(Dr. Günter Woratsch, Vors.)